

II. Ehrenamtliche Tätigkeit



1. Das Volontariatsgesetz

1.1. Zuständigkeit

1.2. Formalitäten, Termine und Verpflichtungen für die eingetragenen Feuerwehren

1.2.1 Übermittlung von Unterlagen

1.2.2 Veröffentlichungspflicht von öffentlichen Beiträgen

1.3. Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen

1.3.1 Steuerliche Begünstigungen

1.3.2 Steuerliche Verpflichtungen

2. Organisationen mit gemeinnützigem Charakter - ONLUS

2.1 Spenden

2.2 Sponsorenverträge

3. Veranstaltungen

3.1 Unterhaltungssteuer

3.2 Autorenrechte

3.3 Abhaltung von Glücksspielen

3.4 E.N.P.A.L.S

3.5 Kontrolldienste bei Veranstaltungen

3.6 Initiative für eine neue Festkultur in Südtirol

4. Führung von Liegenschaften – Arbeitsleistungen in Eigenregie

5. Anlagen

VORAUSGESCHICKT

Mit Gesetzesvertretendem Dekret Nr. 117 vom 03.07.2017 hat die italienische Regierung im Auftrag des Parlaments den sogenannten **Non-Profit-Bereich (Terzo settore/ Dritter Sektor)** neu geregelt.

Das Reformgesetz, welches am 02.08.2017 im Amtsblatt der Republik veröffentlicht wurde und aus insgesamt 104 Artikeln besteht, ist bereits seit 03.08.2017 in Kraft.

Ein wesentlicher Bestandteil dieser Reform besteht in der Einführung des gesamtstaatlichen Einheitsregisters des Non-Profit-Bereichs (Registro unico nazionale del Terzo Settore) mit Öffentlichkeitscharakter, ähnlich dem Handelsregister. Alle Organisationen, die zum Zeitpunkt der Einführung dieses neuen Einheitsregisters bereits im Register der ehrenamtlich tätigen Organisationen (Volontariatsregister) sowie im „ONLUS-Verzeichnis“ eingetragen sind, werden automatisch in das neue Einheitsregister eingeschrieben. Dies gilt somit auch für alle Freiwilligen Feuerwehren Südtirols, da diese ausnahmslos im Volontariatsregister eingetragen sind.

Die Auswirkungen der Reform werden erst in den kommenden Monaten und Jahren ersichtlich sein, da sie natürlich von den zahlreichen noch ausstehenden Durchführungs- und Anwendungsbestimmungen (insgesamt an die 30) abhängen, die von den zuständigen Behörden (Ministerien, Regionen, Autonome Provinzen, EU) erst erlassen werden müssen. Während einige der steuerlichen Bestimmungen bereits seit dem 01.01.2018 bzw. 01.01.2019 zur Anwendung kommen, **wie z.B. die Absetzbarkeit von Spenden oder die Anpassung des staatlichen Beitrages für den Ankauf von Feuerwehrfahrzeugen**, treten andere Bestimmungen erst nach Inkrafttreten des Einheitsregisters des Non-Profit-Bereichs in Kraft. Um aber einen genauen Überblick über die Neuerungen im Bereich der steuerlichen Bestimmungen geben zu können, müssen zunächst die ausstehenden Durchführungsbestimmungen erlassen werden. Zudem bedarf es noch einiger Klärungen seitens des Finanzministeriums bzw. Ermächtigungen seitens der EU.

Bis zum Zeitpunkt des endgültigen Inkrafttretens des Einheitsregisters bleiben die meisten der bisherigen steuerlichen Bestimmungen im Non-Profit-Bereich aufrecht und werden erst anschließend durch die neuen Bestimmungen ersetzt bzw. ergänzt. Obendrein müssen viele Bestimmungen noch mit den Landesbestimmungen der Autonomen Provinz Bozen koordiniert werden.

Für die ehrenamtlich tätigen Organisationen dürfte sich aus steuerlicher Sicht nicht allzu viel ändern, zumal dieser Kategorie eine Art Sonderstatus zugestanden wird.

Die erste konkrete Maßnahme, die bis jetzt im Freiwilligen Feuerwehrwesen umgesetzt wurde, ist die **Anpassung des Statuts der Freiwilligen Feuerwehren**, die vom Landesfeuerwehrverband ausgearbeitet bzw. vorbereitet wurde und anschließend mit Dekret des Landeshauptmanns vom 30.09.2019 Nr. 18291/2019 genehmigt und veröffentlicht worden ist.

Eine der wichtigsten Änderungen betrifft die Bezeichnung der Freiwilligen Feuerwehren, die damit – wie jene aller anderen ehrenamtlich tätigen Organisationen auch - um den Zusatz „EO“ (steht für „Ehrenamtliche Organisation“) bzw. auf Italienisch ODV (steht für „Organizzazione di volontariato“) ergänzt wurde.

So wie ein Kommandantenwechsel, ist auch diese „Namensänderung“ dem Steueramt mittels Mod. AA5/6 mitzuteilen. Die entsprechenden Anleitungen, Muster und Vorlagen sind auf der Internetseite des Landesfeuerwehrverbandes <https://www.lfvbz.it> unter „Downloads“ → „Verwaltung“ → „Buchhaltung“ → „Steuern“ zu finden.

1. Das Volontariatsgesetz

Die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols verfügen über alle Voraussetzungen, um im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen eingetragen zu sein. Bedingung dafür ist natürlich, dass die Feuerwehren ihre Tätigkeiten im Sinne des Landesgesetzes vom 18.12.2002, Nr. 15 „Vereinheitlichter Text über die Ordnung der Feuerwehr- und Zivilschutzdienste“ (kurz „Feuerwehrgesetz“) in geltender Fassung und gemäß ihrem Statut ausüben. Es sind mittlerweile alle 306 Freiwilligen Feuerwehren im entsprechenden Landesverzeichnis eingetragen.

Laut Art. 2, Abs. 1 des Landesgesetzes Nr. 11/1993 versteht man unter ehrenamtlicher Tätigkeit eine solche, die von der Organisation, welcher der ehrenamtliche Mitarbeiter angehört, in persönlicher Weise, freiwillig und ehrenamtlich ohne - auch nur indirekte - Gewinnabsicht und ausschließlich aus Solidarität und sozialem Bewusstsein geleistet wird.

Abs. 2 besagt, dass für die ehrenamtliche Tätigkeit auf keinen Fall eine Vergütung entrichtet werden darf, auch nicht vom Hilfeempfänger (außer Spenden). Die Verrechnung für technische Hilfeleistung nicht dringender Art und für Brandsicherheitswachen kann weiterhin erfolgen, weil dies vom Feuerwehrgesetz vorgesehen ist und zur institutionellen Tätigkeit gehört.

Laut Art. 3, Abs. 1 versteht man unter einer ehrenamtlich tätigen Organisation jeden freiwilligen Zusammenschluss zur Durchführung der Tätigkeiten laut Art. 2, der sich in entscheidendem Maße und vorwiegend der persönlichen, freiwilligen und ehrenamtlichen Mitarbeit seiner Mitarbeiter bedient.

1.1. Zuständigkeit

In Südtirol wird das Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen vom Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt (ex Amt für Kabinettsangelegenheiten) geführt, welches somit auch mit der Aufsicht der ehrenamtlich tätigen Organisationen betraut ist. Die vollständige Anschrift des Amtes lautet:

Präsidium der Landesverwaltung
Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt
Landhaus 1 - Silvius-Magnago-Platz 1
39100 BOZEN
Tel.: 0471 41 21 31

1.2. Formalitäten, Termine und Verpflichtungen für die eingetragenen Feuerwehren

1.2.1. Übermittlung von Unterlagen

Alljährlich **innerhalb 31. Mai müssen an das Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt** folgende Unterlagen geschickt werden (vgl. Anlage 1):

- Tätigkeitsbericht des abgelaufenen Jahres (der bei der Jahreshauptversammlung verlesen wird samt Zusammenfassung der Einsätze, Übungen, Schulungen).
- Eine Kopie des Jahresabschlusses (Abschlussrechnung).

Merke: Nachdem das Rechnungswesen der Freiwilligen Feuerwehren Südtirols gesetzlich geregelt ist (Haushaltsvoranschlag, Abschlussrechnung), muss hierbei nicht eigens der Vordruck des Amtes für Außenbeziehungen und Ehrenamt

verwendet werden. Es genügt vollkommen und ist auch am einfachsten, wenn dem Amt eine Kopie der Abschlussrechnung (ex Rechnungslegung) zugesandt wird.

- Eine Aufstellung der Spendeneinnahmen mit Angabe der Spender, falls diese nicht anonym zu bleiben wünschen (vgl. Anlage 2).
- Falls es zutrifft: Beglaubigte Kopie aller Akte, die Ergänzungen oder Änderungen des Statuts beinhalten.
- Falls es zutrifft: Neu- bzw. Ersatzwahl einzelner Ausschussmitglieder oder des gesamten Ausschusses (in der Regel alle 5 Jahre).

Das Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt, bei dem das Landesverzeichnis geführt wird, hat jederzeit das Recht festzustellen, ob die Voraussetzungen für die Eintragung weiterhin bestehen und kann dazu Einsicht in die Unterlagen der Freiw. Feuerwehren nehmen. Es handelt sich aber jeweils nur um die Unterlagen zu deren Führung die Freiw. Feuerwehren ohnehin schon durch das Feuerwehrgesetz verpflichtet sind; es müssen also keine neuen oder anderen Bücher geführt werden als bisher (Haushaltsvoranschlag, Abschlussrechnung, Mitgliederlisten, Inventar, Protokollbücher). Aus diesem Grund ist es äußerst wichtig und auch notwendig, die jährlich geforderten Unterlagen dem Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt zukommen zu lassen.

Seit 1996 werden alle ehrenamtlich tätigen Organisationen auch statistisch erhoben und erhalten zu diesem Zweck von Zeit zu Zeit einen Fragebogen vom ASTAT, der sorgfältig auszufüllen ist und an das ASTAT zurückgeschickt werden muss. Mittlerweile findet die Erhebung im Rahmen der Arbeitsstättenzählung für sog. Nonprofit-Organisationen statt, die im Normalfall alle 10 Jahre stattfindet. Der Fragebogen wurde in den letzten Jahren immer wieder überarbeitet und ist mittlerweile auch nicht mehr so kompliziert gestaltet, wie zu anfangs. Darüber hinaus ist es nunmehr auch möglich, den Fragebogen online auszufüllen, was eine große Erleichterung darstellt.

Um das Ausfüllen für die Feuerwehren und Bezirke zu erleichtern, wird vom Landesverband bei jeder Erhebung eine detaillierte Anleitung sowie ein Facsimile ausgearbeitet, auf der Internetseite des Landesverbandes veröffentlicht wird. Die Funktionäre und Kommandanten werden jeweils per SMS darüber benachrichtigt.

1.2.2 Veröffentlichungspflicht von öffentlichen Beiträgen

Mit Art. 1, Abs. 125 des Gesetzes vom 04.08.2017 Nr. 124 (jährliches Markt- und Wettbewerbsgesetz) wurde für Unternehmen, Vereine, Stiftungen und ONLUS-Organisationen erstmals die Verpflichtung eingeführt, den Erhalt von öffentlichen Beiträgen und Zuwendungen, darunter auch die erhaltenen 5-Promille-Zuweisungen, **ab einem Gesamtbetrag von über 10.000,00 Euro** auf deren Internetseite bzw. auf anderen digitalen Plattformen innerhalb 28. Februar des jeweiligen Folgejahres zu veröffentlichen. Dabei gilt das Kassaprinzip, d.h., es müssen nur Beträge veröffentlicht werden, die im Bezugsjahr auch tatsächlich kassiert worden sind. Die Verpflichtung ist erstmals im Jahr 2019 für im Jahr 2018 erhaltene öffentliche Beiträge und Zuwendungen zur Anwendung gekommen, wobei eventuelle Strafen für eine unterlassene Veröffentlichung nur für Unternehmen vorgesehen waren.

Mit der Wachstumsverordnung 2019 (Art. 35 DL Nr. 43/2019) wurde nun die Veröffentlichungspflicht von öffentlichen Beiträgen, Beihilfen und Förderungen neu geregelt und der Art. 1, Abs. 125 des Gesetzes vom 08.04.2017 Nr. 124 entsprechend aktualisiert. So wurde für Vereine, Stiftungen und ONLUS-Organisationen die Frist für die Veröffentlichung der Beiträge und Zuwendungen auf den **30. Juni des jeweiligen Folgejahres** verlängert.

Außerdem gelten die Verwaltungsstrafen für die unterlassene Veröffentlichung ab 2020 nun auch für diese Organisationen u.z. im Ausmaß von einem Prozent der erhaltenen Beiträge, wobei aber einen Mindestbetrag von 2.000 Euro vorgesehen ist. Wird binnen 90 Tagen nach

der Beanstandung die Veröffentlichung immer noch nicht vorgenommen, müssen die gesamten öffentlichen Beiträge zurückgezahlt werden.

Im Zuge der Veröffentlichung sind folgende Angaben erforderlich (vgl. Anlage 3):

- Bezeichnung und Steuernummer des Beitragsempfängers (Feuerwehr)
- Bezeichnung des Beitragsgebers (Gemeinde, Land, Fraktion usw.)
- der/die kassierte/n Betrag/Beträge (getrennt nach jeder einzelnen Zahlung)
- das Datum des jeweiligen Inkassos
- der jeweilige Grund

Verfügt die betroffene Körperschaft über keine eigene Internetseite, so kann die Veröffentlichung gegebenenfalls auch ihrem Facebook-Account, falls vorhanden, oder auf der Internetseite des Verbandes erfolgen, in dem sie Mitglied ist.

Jene Feuerwehren und Bezirksverbände, die keine Internet- oder Facebook-Seite betreiben, haben somit die Möglichkeit, die entsprechenden Daten dem Landesverband zur Veröffentlichung auf dessen Internetseite zu übermitteln. Hierfür muss das entsprechende Formblatt gemäß Anlage 3, welches auch auf der Internetseite des Landesverbandes unter *Downloads* → „*Verwaltung*“ → „*Buchhaltung*“ → „*Mitteilung FF bezüglich Veröffentlichungspflicht für öffentliche Beiträge*“ hinterlegt ist, ausgefüllt und per E-Mail oder Fax dem Landesverband innerhalb 15. Mai des jeweiligen Jahres übermittelt werden. Der Landesverband wird dann die Veröffentlichung jeweils innerhalb 30. Juni durchführen.

1.3. Zusammenfassung der wichtigsten Bestimmungen

In Anlehnung an das Staatsgesetz Nr. 266/1991 würdigt und unterstützt das Land Südtirol durch das Landesgesetz Nr. 11/1993 die gesellschaftliche Funktion der ehrenamtlich tätigen Organisationen. Einen wesentlichen Bestandteil bilden dabei die einschlägigen Steuerbegünstigungen zugunsten dieser Organisationen, wie sie im Art. 4 des Landesgesetzes und Art. 8 des Staatsgesetzes vorgesehen sind.

Vorausgeschickt wird, dass sich die Einkünfte von ehrenamtlich tätigen Organisationen gemäß Art. 5 des Staatsgesetzes wie folgt zusammensetzen:

- Mitgliedsbeiträge,
- Beiträge (Spenden) von Privatpersonen,
- Zweckgebundene Beiträge oder andere Zuwendungen (Spenden) von verschiedenen nationalen öffentlichen Körperschaften und Anstalten,
- Beiträge und andere Zuwendungen internationaler Organisationen,
- Schenkungen und Erbschaften,
- Vergütungen aufgrund von Vereinbarungen,
- Einnahmen aus gewerblichen Hilfs- und Nebentätigkeiten gemäß Art. 1 des Ministerialdekrets vom 25. Mai 1995 (siehe dazu Punkt 1.3.1 - steuerliche Begünstigungen).

1.3.1. Steuerliche Begünstigungen

Die Steuerbegünstigungen sind im Wesentlichen folgende:

- **Registersteuer:** Gründungsurkunden und andere mit der statutarischen Tätigkeit zusammenhängende Akten sind von der Registersteuer befreit.
- **Stempelsteuer:** Hier gilt die gleiche Befreiung wie bei der Registersteuer, wobei diesbezüglich bereits das neue Reformgesetz greift, durch welches, wie eingangs beschrieben, der **Non-Profit-Bereich (Terzo settore/ Dritter Sektor)** neu geregelt wird. Demzufolge ist auf den betreffenden Akten nunmehr folgender Wortlaut anzuführen:

Stempelsteuerfrei i.S. Art. 82, Abs. 5 GV Nr. 117/17

Esente da bollo ai sensi art. 82, co. 5, D.L. n. 117/17

- **Mehrwertsteuer:** Sämtliche Lieferungen und Leistungen der freiwilligen Organisationen stellen keine mehrwertsteuerpflichtigen Geschäftsfälle dar, sofern es sich nicht um gewerbliche Tätigkeiten handelt.

Es fehlt somit die sachliche Voraussetzung für die Anwendung dieser Steuer, so dass der Großteil der ehrenamtlich tätigen Organisationen keine Mehrwertsteuersubjekte sind. Demzufolge werden sie Endverbrauchern gleichgestellt und sind von jeglicher Verpflichtung zur Führung der Mehrwertsteuerbuchführung mit Eingangs-, Ausgangsregister usw. befreit. Dies trifft auf alle 306 Freiwilligen Feuerwehren des Landes zu, die folglich auch keine Mehrwertsteuernummer (Partita IVA) besitzen, sondern lediglich eine reine Steuernummer (Codice Fiscale).

Wichtig: Bei Veranstaltungen müssen nur mehr die Gebühren für die Autorenrechte und die eventuell geschuldete Unterhaltungssteuer (siehe dazu ONLUS, Punkt 2.2.), entrichtet werden, nicht mehr aber die Mehrwertsteuer, die früher immerhin im Ausmaß von 10% auf 50% der Bruttoeinnahmen zu bezahlen war.

Achtung: Im Gegensatz zu den Lieferungen und Leistungen seitens der ehrenamtlich tätigen Organisationen unterliegen alle Ankäufe von Gütern und Dienstleistungen (Fahrzeuge, Pumpen, Schläuche, Reparaturen usw.) sehr wohl der Mehrwertsteuer, womit diese uneingeschränkt zu entrichten ist.

Die für die ehrenamtlich tätigen Organisationen ursprünglich mit Ministerialrundschriften Nr. 3 vom 25.02.1992 gewährte Befreiung von der Mehrwertsteuer bei Ankäufen von beweglichen registrierten Gütern (bei den Feuerwehren sind das Fahrzeuge und Anhänger) wurde mit Ministerialrundschriften Nr. 217 vom 30. November 2000 aufgehoben. Im Gegenzug wurde dafür im November 2003 eine Vergünstigung in Form eines 20%igen Preisnachlasses eingeführt (siehe Seite 7), der mittlerweile durch die Reform des 3. Sektors als Beitrag im Ausmaß des jeweils geltenden Mehrwertsteuersatzes gewährt wird.

- **Erbschafts- und Schenkungssteuer:** Auch von diesen indirekten Steuern sind die freiwilligen Organisationen befreit. Dies ist insofern wichtig, weil Schenkungen und testamentarische Vermächtnisse unmittelbar als Einkünfte der Organisationen im Gesetz vorgesehen sind.
- **Einkommenssteuern:** Die Einkünfte aus gewerblichen Hilfs- und Nebentätigkeiten gemäß Ministerialdekret vom 25. Mai 1995 unterliegen nicht der Einkommensteuern IRES (ex IRPEG). Voraussetzung dafür ist, dass diese Einnahmen zur Gänze für institutionelle Tätigkeit bzw. zur Erreichung der institutionellen Ziele verwendet.

Zu den gewerblichen Hilfs- u. Nebentätigkeiten in diesem Zusammenhang zählen ausschließlich folgende:

- Gelegentlicher Verkauf von Gütern oder gelegentliche Initiativen der Solidarität anlässlich von Feiern und Gedenktagen oder im Zuge von Öffentlichkeitsarbeiten (Sensibilisierungskampagnen) zur Förderung der institutionellen Ziele der freiwilligen Organisation.
- Verkauf von Gütern, die unentgeltlich als Unterstützung von Dritten erworben worden sind, unter der Voraussetzung, dass der Verkauf durch die freiwillige Organisation direkt ohne Einschaltung von Handelsmittlern durchgeführt wird – z.B. Verkauf von Holz, das von der Gemeinde zur Verfügung gestellt wurde.
- Verkauf von Gütern, die von den Mitgliedern oder der Betreuten hergestellt worden sind, immer unter der Voraussetzung, dass der Verkauf ohne Einschaltung von Handelsunternehmen erfolgt.
- Verabreichung von Speisen und Getränken bei gelegentlichen Treffen, Festen und Feierlichkeiten **(=Veranstaltungen)**.
- Erbringung von institutionellen Dienstleistungen gegen Entgelt, wie die nicht dringenden Einsätze gegen Bezahlung, die Brandsicherheits- und Ordnungsdienste.

Für die erwähnten Lieferungen und Leistungen können die ehrenamtlich tätigen Organisationen Bestätigungen, Lastschriften oder auch Spesennoten ausstellen, wobei der Artikel über Befreiung von der Mehrwertsteuer bzw. falls der Betrag von 77,43 Euro überschritten wird, auch der Artikel über die Befreiung von der Stempelsteuer unbedingt angeführt werden müssen (vgl. Anlage 4).

Achtung: die Ausstellung von Rechnungen ist nicht zulässig, da die ehrenamtlich tätigen Organisationen, wie bereits erwähnt, keine Mehrwertsteuersubjekte sind, demzufolge keine Mehrwertsteuernummer besitzen und somit auch keine Mehrwertsteuerbuchhaltung führen bzw. führen müssen!!!

Ebenso sei hier darauf hingewiesen, dass der Abschluss eines Sponsorenvertrages vorläufig noch weder als steuerfreie gewerbliche Nebentätigkeit, noch als Spende angesehen werden kann, und somit die Verpflichtung zur Einreichung der Steuererklärung Mod. Unico zur Folge hat (mehr dazu siehe unter Punkt 2.2.).

Wie eingangs berichtet, hat die italienische Regierung mit dem gesetzesvertretenden Dekret Nr. 117 vom 03.07.2017 den sogenannten **Non-Profit-Bereich (Terzo settore/ Dritter Sektor)** neu geregelt, wobei ein wesentlicher Bestandteil dieser Reform in der Einführung des gesamtstaatlichen Einheitsregisters des Non-Profit-Bereichs (Registro unico nazionale del Terzo Settore) mit Öffentlichkeitscharakter besteht. Damit werden sich, wie berichtet, auch einige steuerliche Bestimmungen ändern. So werden die Einkünfte aus gewerblichen Nebentätigkeiten durch Einnahmen aus nicht gewerblichen Tätigkeiten (attività non commerciali) ersetzt, wobei dies erst im Folgejahr nach der Einführung des neuen Registers wirksam wird, **was aller Voraussicht nach erst im Jahr 2022 der Fall sein dürfte.**

- **Absetzbarkeit von Spenden**

Spenden an ehrenamtlich tätige Organisationen können vom Spender steuerlich abgesetzt werden, sofern gewisse Voraussetzungen erfüllt werden. *(mehr dazu siehe unter Punkt 2.1).*

- **Vergünstigungen beim Ankauf von Feuerwehrfahrzeugen**

Seit der Einführung des Volontariatsgesetzes im Jahr 1991 wurden für den Ankauf von Rettungsfahrzeugen und Fahrzeugen von Freiwilligen Feuerwehren Vergünstigungen vorgesehen. Anfangs bestanden diese in der Befreiung von der Mehrwertsteuer, welche allerdings aufgrund von Wettbewerbsverzerrung gegenüber ausländischen Unternehmen im Jahr 2000 abgeschafft werden musste. Im Jahr 2003 wurde dann ein Preisnachlass von 20% auf den Nettopreis eingeführt. Dieser wird seither vom jeweiligen Verkäufer gewährt, welcher den Preisnachlass seinerseits bei fälligen Steuereinzahlungen unter Angabe des Gebührenkode (codice tributo) **6769** kompensieren kann.

Mit dem neuen Reformgesetz für den **Non-Profit-Bereich (Terzo settore/ Dritter Sektor)** wurde vorgesehen (siehe Art. 76, Punkt 2), dass der Beitrag für den Ankauf von Rettungsfahrzeugen und Fahrzeugen von Freiwilligen Feuerwehren (=Feuerwehrfahrzeuge und -anhänger) nunmehr **im Ausmaß des jeweils geltenden Mehrwertsteuersatzes** gewährt wird, der zurzeit 22% des Nettokaufpreises beträgt. Wie bei der bisherigen Regelung, kann der Verkäufer den gewährten Beitrag mit künftigen Steuereinzahlungen kompensieren. Die neue Regelung ist mittlerweile seit 13.12.2017 in Kraft.

Der Beitrag muss auf der Rechnung separat ausgewiesen werden, wobei unbedingt auf den Art. 76, Abs. 2 Bezug genommen werden muss (wichtig für den Lieferanten). Demzufolge haben die Feuerwehren de facto nur die Steuergrundlage (=Nettokaufpreis) zu bezahlen, wie in nachfolgendem Beispiel angeführt:

Steuergrundlage	100.000,00 €
+ 22% Mwst.	22.000,00 €
Gesamtbetrag	122.000,00 €

- 22% Gutschrift auf Steuergrundlage gemäß Art. 76, Abs. 2 D.Lgs. 117/2017	-22.000,00 €
Zu bezahlender Rechnungsbetrag	100.000,00 €

- Zuweisung von 5 Promille der Einkommensteuer

Seit dem Jahr 2006 wird dem Steuerzahler die Möglichkeit eingeräumt, 5 Promille seiner Einkommensteuer an Non-Profit-Organisationen zuzuweisen, indem er in der Steuererklärung unter „Wahl für die Zweckbestimmung der 5 Promille“ (“scelta della destinazione del 5 per mille dell’IRPEF”) im entsprechenden Feld unterzeichnet und die Steuernummer der betreffenden Organisation anführt.

Diese Maßnahme wird alljährlich im staatlichen Finanzgesetz „Finanziaria“ jeweils für das folgende Jahr festgelegt (*es besteht somit keine Garantie, ob diese Möglichkeit auch weiterhin vorgesehen wird*).

Alle interessierten Organisationen, die in den Genuss dieser Zuweisungen kommen möchten, müssen sich in die von der Agentur der Einnahmen (Agenzia delle Entrate) geführten Liste eintragen, wobei diese Eintragung seit 2016 nur mehr einmalig erfolgen muss (vorher musste man sich jedes Jahr neu eintragen). Die Eintragung in die Liste ist **nur auf telematischem Wege** möglich und kann entweder von der Organisation selbst (via Fiscoonline) oder von einem für die telematische Übermittlung ermächtigten Intermediär wie z.B. einem Steuerberater durchgeführt werden.

Die Modalitäten zur Eintragung und alle damit zusammenhängenden Verpflichtungen werden jedes Jahr vom Landesverband auf dessen Internetseite veröffentlicht. Die Feuerwehren werden jeweils per Rundmail informiert, sobald die Informationen im Netz stehen.

1.3.2. Steuerliche Verpflichtungen

Achtung!!

Obwohl die institutionellen Einkünfte und jene aus gewerblichen Nebentätigkeiten gemäß Ministerialdekret vom 25. Mai 1995 ausdrücklich von der Einkommenssteuer befreit sind, bleiben die steuerlichen Verpflichtungen als **Steuersubstitut nach wie vor aufrecht**. Eine nicht gewerbliche Vereinigung wird dann zum Steuersubstitut, wenn sie Geldbeträge auszahlt, die dem Steuerrückbehalt unterliegen, wie z.B. die Zahlung einer Rechnung eines Freiberuflers. In diesem Fall werden aufgrund gesetzlicher Bestimmungen Steuern für jemand anderen eingezahlt. Das Steuersubstitut muss dies dann dem Staat mitteilen und zwar in Form von eigenen Erklärungen (Mod. CU bzw. Mod.770), welche der Finanzverwaltung zu übermitteln sind.

• **Certificazione Unica (Mod. CU) - Steuererklärung Mod. 770**

Bei erhaltenen freiberuflichen Leistungen (z.B. von einem Rechtsanwalt, Steuerberater, Architekt oder Musiker usw.) sowie Leistungen von anderen freien Mitarbeitern, muss nach wie vor die Vorsteuer von derzeit 20% eingezahlt und im Folgejahr die Steuererklärung Mod. 770 eingereicht werden. Die Einzahlung der Vorsteuer ist innerhalb des 16. Tages des auf die Zahlung folgenden Monats bei einer Bank oder dem zuständigen zentralen Einzugsdienst mittels Mod. F24 durchzuführen (vgl. Anlage 5) u.z. unter dem Abgabenschlüssel 1040 (für Freiberufler bzw. für freie Mitarbeiter, die eine gelegentliche Tätigkeit ausüben). Sollte der 16. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fallen, so ist die Einzahlung spätestens innerhalb des 1. darauffolgenden Werktages durchzuführen. **Achtung:** Seit 01.01.2015 dürfen nur mehr Beträge bis max. 1.000,00 Euro mit dem Mod. F24 über die Bank einbezahlt werden – alles, was darüber ist, muss wie von den Mehrwertsteuersubjekten, elektronisch z.B. über Home-Banking überwiesen werden. Des Weiteren muss innerhalb 16. März bzw. des darauffolgenden Werktages des auf die Zahlung folgenden Jahres dem Auftragnehmer (Empfänger) die

Bescheinigung über die getätigten Steuereinbehalte übermittelt werden, wobei dies auch per E-Mail möglich ist - seit 2015 muss hierfür ausschließlich die einheitliche Bescheinigung CU (certificazione unica) verwendet werden. Die Bescheinigungen in freier Form sind nicht mehr zulässig. Zudem besteht nunmehr die Verpflichtung, innerhalb 16. März eines jeden Jahres bzw. des darauffolgenden Werktages die Daten der Bescheinigung mittels elektronischer Datenmeldung an die Agentur der Einnahmen weiterzuleiten. Die Telematische Weiterleitung kann entweder über einen sog. Intermediär wie z.B. einem Steuerberater oder selber über „Fisconline“ durchgeführt werden.

Die Steuererklärung Mod 770 kann ebenfalls nur auf telematischem Wege eingereicht werden – entweder direkt (= selber via Internet - „Fisconline“ unter www.agenziaentrate.it – in diesem Fall bitte rechtzeitig mit dem Landesverband in Verbindung setzen) oder durch einen dazu ermächtigten Steuerintermediär – mehr dazu siehe im übernächsten Abschnitt.

Termin: aktuell innerhalb 31. Oktober des jeweiligen Folgejahres bzw. des 1. darauffolgenden Werktages, sollte der 31. Oktober auf einen Samstag oder Sonntag fallen.

Da das italienische Finanzministerium die Modalitäten und Abgabetermine für Steuererklärungen immer wieder ändert, ist es ratsam, sich rechtzeitig darüber zu informieren.

Nachdem ab dem Zeitpunkt der Zahlung für eine freiberufliche Leistung bis hin zur Erstellung des Mod. CU bzw. des Mod. 770 u.u. über 1 ¼ Jahre vergehen können, ist es allemal ratsam, sich dies evident zu halten, damit nichts vergessen wird.

Beispiel:

Eine Feuerwehr erhält am 20.10.2021 eine Honorarnote von einem Rechtsanwalt über 500,00 Euro und bezahlt diese am 05.11.2021.

- die Einzahlung des Steuereinbehaltes von derzeit 20% (= 100,00.- Euro) muss innerhalb 16. Dezember 2021 bei einer Bank oder dem zentralen Einzugsdienst mittels Mod. F24 erfolgen.
- Die elektronische Meldung der Bescheinigung CU muss der Agentur der Einnahmen innerhalb 16. März 2022 übermittelt werden.
- die einheitliche Bescheinigung CU über die getätigten Steuereinbehalte muss dem Rechtsanwalt ebenso innerhalb 16. März 2022 zugestellt werden.
- die Steuererklärung Mod. 770 ist (*vorbehaltlich möglicher Änderungen*) innerhalb 31. Oktober 2022 auf telematischem Wege einzureichen.

• **Regionale Wertschöpfungssteuer IRAP – IRAP-Erklärung**

Mit der Einführung der regionalen Wertschöpfungssteuer IRAP im Jahre 1998 sind u.a. auch die nicht gewerblichen Körperschaften wie Vereine, Verbände usw., verpflichtet worden, die IRAP-Erklärung zu erstellen und einzureichen. Dies trifft für alle nicht gewerblichen Körperschaften zu, inklusive jener, die im Verzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen eingetragen sind, auch wenn diese an sich von der Erstellung der Steuererklärung für die Einkommensteuer IRPEG (jetzt IRES) befreit sind, sofern sie keine steuerpflichtigen Einkommen haben.

Die Steuergrundlage für die Berechnung der IRAP von nicht gewerblichen Körperschaften setzt sich zusammen aus der Summe der Aufwendungen (Kosten) für:

- Einkommen aus abhängiger Arbeit (Bruttogehälter);
- gleichgestellte Einkommen;
- Einkommen aus fortwährender, freier Mitarbeit im Rahmen einer sog. Projektarbeit - neu seit Oktober 2003 (kann auch eigene Mitglieder betreffen);
- Einkommen aus gelegentlicher Tätigkeit (kann ebenfalls eigene Mitglieder betreffen).

Honorare an Freiberufler wie z.B. Steuerberater, Architekten, Rechtsanwälte usw., die eine Mwst-Rechnung mit Steuereinbehalt ausstellen, werden nicht für die Berechnung der Steuergrundlage bzw. der Steuer herangezogen.

Nachdem alle Freiwilligen Feuerwehren weder abhängige Angestellte noch freie Mitarbeiter für gelegentliche Tätigkeit oder Projektarbeit beschäftigen, ist die IRAP laut Ministerialrundsreiben vom 04.06.1998 Nr. 141/E Punkt 7.1. nicht geschuldet und folglich muss auch keine entsprechende Erklärung erstellt und eingereicht werden.

Darüber hinaus sind die gemeinnützigen Organisationen ohne Gewinnabsicht (ONLUS), zu denen auch die „Volontariatsvereine“ gehören, mit Art. 1 Abs. 1 des Landesgesetzes Nr. 11 vom 26.07.2002 ab 01.01.2003 **von der Bezahlung der IRAP befreit worden. Dies ist für jene Organisationen von Bedeutung, die Angestellte oder freie Mitarbeiter beschäftigen,** da sie in diesem Fall grundsätzlich der IRAP unterliegen. Voraussetzung für die Befreiung von der Bezahlung der IRAP ist, dass innerhalb des Abgabetermins für die Einkommenssteuererklärung ein Antrag auf Befreiung von der IRAP bei der Autonomen Provinz Bozen, Abt. 5 – Finanzen und Haushalt, Amt für Abgaben, Crispistraße 8, 39100 Bozen, eingereicht wird. Wenn alles passt, wird vom Amt die Befreiung von der IRAP bestätigt. Achtung: **Die Bestätigung betrifft die Bezahlung der IRAP, gilt jedoch nicht für die Einreichung der IRAP-Erklärung!!!!**

Achtung: Sollte jedoch eine Feuerwehr z.B. den eigenen Mitgliedern für diverse Tätigkeiten (z.B. Brandsicherheitswachen) Vergütungen auszahlen, so unterliegt sie der IRAP und ist folglich verpflichtet, zusätzlich zum Mod. 770 auch die IRAP-Erklärung einzureichen, welche als eigenständige Steuererklärung abzufassen ist und nicht mehr zum UNICO gehört. Die IRAP ist in diesem Fall natürlich auch **geschuldet bzw. zu bezahlen!!!**.

Des Weiteren muss man sich im Klaren darüber sein, dass man in diesem Fall auch die Voraussetzungen als ehrenamtlich tätige Organisation verliert und somit aus dem Verzeichnis (Volontariatsregister) gestrichen wird!!!!

- **Telematische Einreichung von diversen Erklärungen, Meldungen usw. bei der Agentur der Einnahmen (Agenzia delle Entrate)**

Zahlreiche Meldungen und Erklärungen wie z.B. elektronische Meldung der Bescheinigung CU, die Steuererklärung Mod. 770, die Eintragung für die Inanspruchnahme der 5-Promille-Zuweisung, die Einreichung des Mod. INTRA 12, INTRA 13 usw. können nur auf telematischem Wege bei der Steuerbehörde eingereicht werden, d.h., die früher übliche Abgabe auf Papier ist nur mehr in seltenen Fällen möglich und wird in absehbarer Zeit wohl endgültig der Vergangenheit angehören.

Wichtig: Ist eine Feuerwehr daran interessiert, den telematischen Dienst der Agentur der Einnahmen in Anspruch zu nehmen, so muss der amtierende Kommandant bei der Steuerbehörde auch als gesetzlicher Vertreter aufscheinen. Sollte dies noch nicht der Fall sein, so muss zunächst die entsprechende Meldung mittels **Mod. AA5/6** beim zuständigen Steueramt eingereicht werden.

*Anleitungen dazu sowie Muster und Vorlage des Modells **AA5/6** zur Meldung eines neuen gesetzlichen Vertreters sind auf der Internetseite des Landesverbandes unter „Downloads“ → „Verwaltung“ → „Buchhaltung“ → „Steuern“ hinterlegt.*

Für die telematische Weiterleitung von Unterlagen an die Steuerbehörde gibt es zwei Möglichkeiten:

1. Es wird damit jeweils ein sog. Intermediär wie z.B. ein Steuerberater beauftragt – Vorteil: man braucht sich um nichts zu kümmern - Nachteil: ist mit Kosten verbunden, außer man hat das Glück, dass der Dienst kostenlos durchgeführt wird – wenn, nicht, ergibt sich ein weiterer Nachteil, da bekanntlich für die Inanspruchnahme von Dienstleistungen von Freiberuflern wie Steuer- u. Wirtschaftsberatern eine Vorsteuer im Ausmaß von 20% einzuzahlen ist und somit im jeweiligen Folgejahr die Steuererklärung Mod. 770 eingereicht werden muss (somit eröffnet sich ein unendlicher Kreislauf).
2. Die telematische Weiterleitung wird direkt, also selber via Internet (Fisconline) durchgeführt - Vorteil: kann von zu Hause aus erledigt werden und kostet nichts! Nachteil: Man muss sich dazu jeweils die entsprechende Software vom Login-Bereich (area riservata) der Internetseite der Agentur der Einnahmen (www.telematici.agenziaentrate.gov.it/) herunterladen und sich dann um alles Weitere selber kümmern, wobei natürlich der Landesverband dabei gerne behilflich ist. Man benötigt dazu entweder einen SPID-Zugang, die elektronische Identitätskarte (CIE) oder die digitale Unterschrift (CNS – carta nazionale dei servizi). Der bisherige Zugang mittels PIN-Code ist nur mehr bis 30. September 2021 möglich, wobei die Beantragung desselben für „Neulinge“ bereits seit 1. März 2021 nicht mehr möglich ist. Nachdem sämtliche Landesdienste mittlerweile auch nur mehr mittels SPID-Zugang möglich sind, wird empfohlen, diese Variante zu verwenden. Um gewisse Funktionen und Softwareanwendungen in Fisconline zu nutzen, braucht es allerdings weiterhin einen PIN-Code. Dieser kann nach dem Einstig in Fisconline mittels SPID, CIE oder CNS intern im Login-Bereich (area riservata) beantragt werden..

2. Organisationen mit gemeinnützigem Charakter - ONLUS

Mit der Verabschiedung des gesetzesvertretenden Dekretes vom 04.12.1997, Nr. 460 wurde eine staatliche Regelung erlassen, die für nicht gewinnorientierte Organisationen mit gemeinnützigem Charakter (sog. ONLUS) eine Reihe von neuen steuerlichen Bestimmungen und Begünstigungen enthält, welche mit 01.01.1998 in Kraft getreten sind. Um in den Genuss der steuerlichen Vorteile dieses Dekretes zu gelangen, müssen sich die betroffenen Organisationen in das Verzeichnis der nicht gewinnorientierten Organisationen mit gemeinnützigem Charakter eintragen lassen und eine entsprechende Anpassung ihrer Statuten vornehmen.

Jene Organisationen, die bereits im Landesverzeichnis der ehrenamtlich tätigen Organisationen (Volontariatsregister) eingetragen sind, werden von Rechts wegen als nicht gewinnorientierte Organisationen mit gemeinnützigem Charakter (sog. ONLUS) anerkannt und brauchen sich somit nicht eigens in das „ONLUS-Register“ einzutragen.

Dies bedeutet, dass ehrenamtlich tätige Organisationen sowohl die steuerlichen Begünstigungen des Volontariats als auch jene der sog. ONLUS beanspruchen können. Die Bestimmungen für sog. ONLUS stellen somit **eine Ergänzung** zu den Bestimmungen des Gesetzes Nr. 266/91 bzw. des L.G. Nr. 11/93 über die Regelung der ehrenamtlichen Tätigkeit (Volontariatsgesetz) dar. In Zukunft wird es, wie eingangs erwähnt, ohnehin nur mehr das staatliche Einheitsregister geben, so dass, zumindest was die ehrenamtlich tätigen Organisationen und die sog. ONLUS angeht, dieselben Bestimmungen zur Anwendung kommen dürften.

Für die Freiwilligen Feuerwehren Südtirols sind vor allem die Bestimmungen bezüglich der Spenden und der Vergnügungssteuer von Bedeutung.

2.1 Spenden

Hierzu hat es in den letzten Jahren die verschiedensten Regelungen gegeben, die immer wieder abgeändert bzw. ergänzt worden sind. Seit dem 01.01.2018 gelten nunmehr die Bestimmungen gemäß Art. 83, Abs. 1 u. 2 der Gesetzesverordnung Nr. 117/17 (= Einheits-text des Dritten Sektors – Codice del Terzo Settore). Demnach sind die Spenden wie folgt absetzbar:

a) **Von der Einkommensteuer**

Spenden im Gesamtbetrag von maximal 30.000,00 Euro der **physischen Personen** (Privatpersonen) an Körperschaften des Dritten Sektors sind im Ausmaß von 30% der Spenden und, falls es sich bei den Empfängern um Volontariatsvereine, wie die **Freiwilligen Feuerwehren handelt, im Ausmaß von 35% der gewährten Spenden absetzbar.**

b) **Vom steuerbaren Einkommen (Steuergrundlage – reddito complessivo):**

Spenden an nicht gewerbliche Körperschaften des Dritten Sektors wie ONLUS, Volontariatsvereine und Organisationen zur Förderung des Gemeinwesens sind im Ausmaß von **10% des steuerbaren Nettoeinkommens absetzbar.** Sofern die Spende höher als das steuerbare Nettoeinkommen ist, kann der überschüssige Teil vorgetragen und vom Einkommen der nächsten 4 Jahre abgezogen werden.

Die Absetzbarkeit kann von den Spendern allerdings nur dann geltend gemacht werden, **falls die betreffenden Spenden mittels Bank- oder Postüberweisung bzw. Kreditkarten und dergleichen oder anhand von Schecks gewährt worden sind.** Für Spenden, welche mittels **Barzahlung** erfolgen, steht demzufolge die steuerliche Absetzbarkeit definitiv **nicht zu!**

Für die erhaltenen Spenden sind den Spendern ordnungsgemäße Empfangsbestätigungen auszustellen (vgl. Anlage 6).

2.2 Sponsorenverträge

Unter dem Begriff „Spende“ ist eine freiwillige Geldzuwendung ohne jegliche Gegenleistung zu verstehen.

Werbung und Sponsoring hingegen basieren immer auf einer Vereinbarung, mit welcher auch eine Gegenleistung wie z.B. das Anbringen eines Schriftzuges und dergleichen festgelegt wird; dabei steht im Allgemeinen das Produkt eines Unternehmens oder das Unternehmen selber im Vordergrund. Im Gegensatz zur Spende handelt es sich hierbei eindeutig um eine steuerpflichtige, gewerbliche Tätigkeit, auch wenn dies nur alle paar Jahre hie und da einmal zutreffen sollte. Sponsoring gilt nämlich aus steuerrechtlicher Sicht von Haus aus immer als gewerbliche Tätigkeit. Zudem müsste der gesponserte Verein laut Auslegung der Agentur der Einnahmen genommen eine Mehrwertsteuernummer besitzen. Durch den Abschluss eines Sponsorenvertrages (sog. Sponsorvertrag) verpflichtet sich ein Verein also zu einer Gegenleistung gegenüber dem Sponsor, wobei Leistung und Gegenleistung in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Im Art. 5 des Volontariatsgesetzes sind die Einnahmen der ehrenamtlich tätigen Organisationen genau festgeschrieben. Zu diesen zählen u.a., wie bereits erwähnt, die Einnahmen aus gewerblichen Hilfs- und Nebentätigkeiten (attività commerciali marginali), wie sie im Art. 1 des Ministerialdekrets vom 25.05.1995 definiert sind (siehe Punkt 1.3). Diese Einnahmen sind, obwohl grundsätzlich gewerblich, für Volontariatsvereine steuerfrei. Einnahmen aus dem Abschluss von Sponsorverträgen sind hier jedoch **nicht vorgesehen.** Aus diesem Grund müssen solche Einnahmen, da gewerblich, versteuert werden, d.h. sie sind der Einkommenssteuer **IRES** zur unterwerfen.

Im Landesgesetz Nr. 11/93 über die ehrenamtliche Tätigkeit wird allerdings keine Unterscheidung dieser gewerblichen Nebentätigkeiten gemacht; es heißt dort lediglich: *„Einnahmen aus Nebentätigkeiten in Handel oder Produktion, die zur Beschaffung der zum*

Betrieb der Organisation unbedingt erforderlichen Mittel beitragen können.“ Demzufolge wären Einnahmen aus Sponsorverträgen nicht auszuschließen, sofern sie für den Betrieb der Organisation unbedingt erforderlich sind - dies dürfte nicht schwer nachzuweisen sein. Allerdings finden bei steuerlichen Bestimmungen immer zuerst die entsprechenden Staatsgesetze Anwendung und nicht etwa Landesgesetze.

Im Feuerwehrwesen in Südtirol wurden Sponsorenverträge zumeist mit Bankinstituten abgeschlossen. Die Banken, die das Ehrenamt unseres Landes und im Besonderen die Freiwilligen Feuerwehren seit jeher großzügig mit finanziellen Mitteln unterstützen, tendieren aus steuerlichen Gründen manchmal dazu, eine Geldzuwendung anstatt durch eine herkömmliche Spende anhand eines Sponsorenvertrages zu gewähren. Obwohl die Feuerwehren dann meistens keine gleichwertige Gegenleistung erfüllen und die Einnahmen als normale Spende ansehen und auch so verbuchen, handelt es sich aus rein steuerlicher Sicht eindeutig um einen Sponsorenvertrag (da ihn der Kommandant ja unterschrieben hat). Die Einnahmen daraus müssen demnach im Mod. UNICO erklärt (versteuert) werden. Dazu kommt noch, dass man - genau genommen - auch verpflichtet wäre, den im Jahr 2009 von der Agentur der Einnahmen eingeführten steuerlichen Fragebogen Mod. EAS für Vereine und Organisationen auf telematischem Wege einzureichen, was weitere Probleme mit sich bringen würde.

Aus diesen Gründen muss bis auf weiteres (zumindest noch bis 2022) vom Abschluss von Sponsorenverträgen nach wie vor abgeraten werden, es sei denn, man scheut sich nicht vor dem bürokratischen Aufwand, die entsprechenden Einkünfte daraus zu versteuern und das Mod. EAS einzureichen.

Hinweis: So wie bei den Einkünften aus gewerblichen Hilfs- und Nebentätigkeiten wird es durch die Reform des Dritten Sektors anhand des gesetzesvertretenden Dekrets Nr. 117 vom 03.07.2017 auch hinsichtlich der Sponsorenverträge Änderungen geben, indem diese künftig **als nicht gewerbliche Einnahmen deklariert werden**, wobei dies erst im Folgejahr nach der Einführung des neuen Einheitsregisters wirksam wird, **was aller Voraussicht nach erst im Jahr 2022 der Fall sein dürfte.**

3. Veranstaltungen

3.1. Unterhaltungssteuer (EX-Vergnügungssteuer)

Mit dem Legislativdekret vom 26.02.1999, Nr. 60 sind entscheidende Neuerungen im Bereich der Veranstaltungssteuern eingeführt worden, die mit 01.01.2000 in Kraft getreten sind.

Die wichtigsten Änderungen betreffen:

- Die Abschaffung der Vergnügungssteuer (Imposta sugli spettacoli)
- Die Einführung der Unterhaltungssteuer (Imposta sugli intrattenimenti – ISI)

Die **Unterhaltungssteuer** ist grundsätzlich für Musik- und Tanzveranstaltungen jeglicher Art geschuldet, und zwar im Ausmaß von 16% des erzielten Umsatzes (Eintrittsgelder u. Konsumationen). Unter gewissen Voraussetzungen wird die Steuer von 16% lediglich auf 50% des erzielten Umsatzes berechnet und beträgt somit de facto 8% auf den Gesamtumsatz.

Befreiung:

Die Unterhaltungssteuer **ist nicht geschuldet**, falls es sich um musikalische Veranstaltungen und Tanzveranstaltungen (Feste jeglicher Art, Bälle, Bunte Abende usw.) **mit Live-Musik** handelt, welche mindestens 50% der Veranstaltungsdauer umfasst. Als Veranstaltungsdauer gilt die Zeitspanne laut erteilter Lizenz. Musik- und Gesangskonzerte kommen allerdings nicht in den Genuss dieser Befreiung.

Unter Live-Musik versteht man jede musikalische Darbietung mit Musikinstrumenten ohne Zuhilfenahme von registrierten Tonträgern (MC, CD ...) oder ähnlichem.

Beispiel: Auf einem Wiesenfest mit einer Gesamtdauer von 8 Stunden spielt 4 Stunden lang eine Musikgruppe. Die Unterhaltungssteuer ist mit Sicherheit nicht geschuldet, da 4 Stunden 50% der Gesamtdauer des Festes ausmachen. Würde die Gruppe nur 3 Stunden spielen, bzw. würde nur Musik aus Tonträgern abgespielt werden, so wäre die Steuer geschuldet (falls es sich beim Veranstalter nicht um eine gemeinnützige bzw. ehrenamtlich tätige Organisation handelt und die Veranstaltung gelegentlichen Charakter hat – siehe folgenden Absatz).

Unabhängig von der Zeitdauer mit Live-Musikdarbietung ist die Befreiung auch dann gegeben, falls es sich beim Veranstalter um eine gemeinnützige (ONLUS) bzw. ehrenamtlich tätige Organisation und gleichzeitig um eine Veranstaltung mit gelegentlichem Charakter handelt. Die Bezeichnung „gelegentliche Veranstaltung“ bezieht sich dabei genau genommen aber nur auf Festveranstaltungen, die in Zusammenhang mit Jubiläen und Kirchtagsfesten stehen. Die Tatsache, dass nur ein einziges Fest pro Jahr abgehalten wird (höchstens noch ein Ball oder Ähnliches dazu), genügt offensichtlich nicht, damit dies als „gelegentlich“ eingestuft werden kann, auch wenn die Autorenvereinigung S.I.A.E. immer öfter ein Auge zudrückt.

Da aber bei den von den Feuerwehren organisierten Veranstaltungen fast ausschließlich Live-Musik gespielt wird und diese meistens 50% und mehr der Veranstaltungsdauer umfasst, dürften ohnehin nahezu alle Feuerwehren von der Unterhaltungssteuer befreit sein.

3.2 Gebühren für Autorenrechte

Die Gebühren für Autorenrechte (sog. Autorensteuern) sind nach wie vor für alle Veranstaltungen mit musikalischer Darbietung zu entrichten, unabhängig davon ob es sich dabei um Live-Musik oder mittels Tonträgern vorgeführter Musik handelt.

Die Autorensteuer beträgt in der Regel 10% auf 50% der erzielten Bruttoeinnahmen inklusive Sekretariatsgebühren zzgl. der gesetzlichen Mehrwertsteuer. Die Gebühr wird direkt von der Autorenvereinigung (**S.I.A.E.**) eingehoben.

Formalitäten:

- Jede Veranstaltung muss der Autorenvereinigung rechtzeitig (ca. 7 bis 10 Tage) vor Beginn gemeldet werden, unabhängig davon, ob die Unterhaltungssteuer zu entrichten ist oder nicht.

Die Meldung muss vom Kommandanten (=gesetzlicher Vertreter der Feuerwehr) vorgenommen werden bzw. durch eine vom Kommandanten mittels schriftlicher Vollmacht dazu beauftragten Person (vgl. Anlage 7). Falls eine Vollmacht ausgestellt wird, muss eine Kopie des Personalausweises und der Steuernummer des Kommandanten beigelegt werden.

Mitzubringen bzw. anzugeben sind:

- Die Preisliste in dreifacher Ausfertigung;
 - Angabe der Musikgruppe/n bzw. die Anzahl der Gruppe/n, die bei der Veranstaltung spielt/spielen
 - Falls ein Eintrittsgeld verlangt wird, ist dies anzugeben;
 - Bargeld, Scheck, Bankomat- oder Kreditkarte zur Begleichung der Kautions, die auf die Gebühren für Autorenrechte hinterlegt werden muss. Achtung bei Bargeld: es dürfen nur mehr maximal Beträge bis zu 1.000,00 Euro in bar bezahlt werden.
- Innerhalb von 5 Tagen nach der Veranstaltung müssen bei der Autorenvereinigung die erzielten Bruttoeinnahmen angegeben werden und zwar inklusive der für die

Veranstaltung eventuell erhaltenen Schenkungen und sonstigen Beiträge (z.B. Spenden, Sponsorengelder). Außerdem sind die korrekt ausgefüllten Formblätter über die vorgetragenen Musikstücke abzugeben, damit die Autorenvereinigung die Gebühren für Autorenrechte ordnungsgemäß weiterleiten kann. Um sich im Nachhinein Unannehmlichkeiten zu ersparen, ist es gerade bei ausländischen Musikgruppen wichtig, diese vor und während der Veranstaltung darauf hinzuweisen, dass die Formulare sorgfältig auszufüllen und vor allem zu unterschreiben sind.

Die effektiv berechneten Gebühren für Autorenrechte werden mit der bei der Anmeldung der Veranstaltung hinterlegten Kautionsumme verrechnet und die daraus resultierende Differenz ist direkt bei der Autorenvereinigung zu bezahlen. Sollte die hinterlegte Kautionsumme höher sein als die tatsächlichen Gebühren, so wird der zu viel bezahlte Betrag natürlich zurückerstattet.

Die eventuell geschuldete Unterhaltungssteuer muss mittels Mod. F24 bei einer Bank oder einem Postamt eingezahlt werden. Der Abgabenschlüssel für die Unterhaltungssteuer lautet **6728**.

- Seit der Einführung des Rentenbeitrages für Künstler (E.N.P.A.L.S.) im Jahr 2002 müssen auch die damit verbundenen Verpflichtungen eingehalten werden (siehe dazu Punkt 3.4.)

3.3 Abhaltung von Glücksspielen

Die Abhaltung von örtlichen **Glücksspielen wie Lotterien, sog. Tombola-Spielen und Glückstöpfen ist meldepflichtig** u.z. **nicht bei der Autorenvereinigung S.I.A.E.**, sondern beim **Bereichsinspektorat der Staatsmonopole in Trient, bei welchem mindestens 60 Tage vor der Veranstaltung eine sog. Unbedenklichkeitserklärung** eingeholt werden muss. Das entsprechende Formular liegt bei den Lizenzämtern der Gemeinden auf. Die Mitteilung, welcher **eine Kopie der gültigen Identitätskarte des gesetzlichen Vertreters** (Kommandant) beizulegen ist, kann auch per Fax verschickt werden. **Wichtig:** Bei Lotterien und sog. Tombola-Spielen muss der Mitteilung ein Reglement beigelegt werden, das folgende Angaben zu beinhalten hat:

1. **Bei Lotterien:** Anzahl und Natur der Preise; Anzahl und Kaufpreis der zum Verkauf bestimmten Scheine; Ort, an welchem die Preise ausgestellt werden; Ort und Uhrzeit für die Auslosung und die Übergabe der Preise an die Gewinner.
Lotterien sind Glücksspiele, bei denen Scheine aus einem sog. Matrizenblock verkauft werden, wobei jeder gezogene Schein mit mindestens einem Preis verbunden ist. Der Verkauf der Scheine ist auf die Provinz limitiert.
2. **Bei Tombola-Spielen:** Angabe der Preise und des Kaufpreises pro Karte.
Bei einer Tombola handelt es sich um Glücksspiel, bei der Karten, bestehend aus einer bestimmten Anzahl von Nummern zwischen 1 und 90 verwendet werden und die Preise mit jenen Karten verbunden sind, deren Nummernkombination zuerst ausgelost werden.
Der Verkauf der Karten ist auf das Gemeindeterritorium, wo die Tombola stattfindet, beschränkt.
3. **Bei Glückstöpfen muss k e i n Reglement erstellt bzw. beigelegt werden!!!**
Bei Glückstöpfen ist es nicht erlaubt, Scheine aus einem sog. Matrizenblock zu verkaufen, wobei einige derselben mit einem Preis verbunden sind.
Der Verkauf der Lose ist auf die Gemeinde, wo die Veranstaltung stattfindet, limitiert.

30 Tage nach der Mitteilung an das Bereichsinspektorat, jedoch mindestens 30 Tage vor dem Stattfinden der Veranstaltung (daraus ergibt sich die erwähnte Meldefrist von 60 Tagen beim Bereichsinspektorat) ist eine entsprechende Meldung an die Gemeinde und an den Landeshauptmann zu erstatten, wobei der Landeshauptmann in den meisten Fällen von der Gemeinde informiert wird – falls nicht, kann die Meldung an den Herrn Landeshauptmann auch von der Feuerwehr selbst gefaxt werden. Sollte die Unbedenklichkeitserklärung seitens des

Bereichsinspektorates innerhalb von 30 Tagen nicht ausdrücklich bestätigt werden, so gilt diese automatisch als erteilt.

Die Mitteilung an das Bereichsinspektorat der Staatsmonopole sowie die Meldung an die Gemeinde und an den Herrn Landeshauptmann ist in jedem Fall Pflicht, auch wenn ein Glücksspiel im Rahmen einer Veranstaltung abgehalten wird, die bei der Autorenvereinigung S.I.A.E. meldepflichtig ist, was ohnehin meistens zutreffen dürfte. Nach der Verlosung und der erfolgten Übergabe der Preise ist an die Gemeinde und an den Herrn Landeshauptmann ein Bericht über den Verlauf des Glücksspiels zu übermitteln (das entsprechende Formular liegt ebenfalls bei den Lizenzämtern der Gemeinden auf).

Zusätzlich zu diesen Formalitäten ist für die genannten Glücksspiele **eine Steuer in Höhe von 10% auf den geschätzten Wert der Preise**, die dabei vergeben wurden, zu entrichten. Die Schätzung des Wertes kann der Veranstalter selbst vornehmen; die Einzahlung der Steuer erfolgt über das **Mod. F24 unter dem Abgabeschlüssel 1046 u.z. innerhalb des 16. Tages des auf die Veranstaltung folgenden Monats** - sollte der 16. auf einen Samstag, Sonntag oder Feiertag fallen, so ist die Einzahlung am 1. darauffolgenden Werktag durchzuführen.

Wer ein Glücksspiel organisiert, ohne es den zuständigen Behörden gemeldet zu haben, riskiert eine Verwaltungsstrafe in Höhe von 1.032,00 bis 10.329,00 Euro.

Die Einnahmen aus Glücksspielen, die innerhalb von Veranstaltungen erzielt werden, die der Autorenvereinigung S.I.A.E. zu melden sind, zählen zwar nicht zu den Bruttoeinnahmen, die als Grundlage zur Berechnung der Autorengebühren herangezogen werden, müssen aber trotzdem der S.I.A.E. mitgeteilt werden.

3.4 E.N.P.A.L.S.

Das „ENPALS“ (*Ente Nazionale di Previdenza e di Assistenza per i Lavoratori dello Spettacolo*) ist die Pensionskasse für Musiker, Schauspieler und Künstler. Werden Honorare an Musiker, Schauspieler oder Künstler ausbezahlt, so fallen gleichzeitig auch verpflichtende Rentenbeiträge in der Höhe von 33% an, die an das ENPALS zu entrichten sind. Das entsprechende Dekret stammt zwar aus dem Jahr 1947, ist aber bis zum Jahr 2002 nicht zur Anwendung gekommen. Seither werden die Beiträge definitiv eingehoben.

Diese Maßnahme bekommen neben gewerblichen Einrichtungen auch alle nicht gewerblichen Körperschaften, Vereine und ähnlichen Organisationen (natürlich auch die Freiwilligen Feuerwehren) zu spüren, falls sie eine Veranstaltung abhalten, bei denen Musiker auftreten. So sind zum einen die Kosten für das Engagieren von Musikern bzw. Musikgruppen deutlich angestiegen, zum anderen kommen seit der Anwendung dieses Dekretes eine Reihe an Verpflichtungen auf die Auftraggeber zu. Der Gesetzgeber sieht nämlich vor, dass die gesamten Fürsorgebeiträge in Höhe von nunmehr 33% unter gewissen Umständen von den Auftraggebern mittels Modell F24 einbezahlt werden müssen, wobei 9,19% davon von den Vergütungen der Musiker einbehalten werden und der Rest von 23,81% voll zu Lasten der Auftraggeber gehen. Als Grundlage für die Berechnung der Beiträge wird die Bruttovergütung herangezogen.

Bis zum 31.12.2011 hat in Südtirol die Autorenvereinigung (S.I.A.E.) mehrere ENPALS-Dienste in Konvention ausgeübt. Nachdem das ENPALS per Gesetz Nr. 214 vom 22.12.2011 zum 01.01.2012 abgeschafft wurde und dessen Befugnisse auf das NISF (INPS) übertragen worden sind, ist die S.I.A.E. seither nicht mehr für ENPALS-Angelegenheiten zuständig. Leider ist bislang noch nicht eindeutig geklärt, ob und falls ja, wie die einzelnen Meldungen beim INPS (EX-ENPALS) zu erfolgen haben.

Im Folgenden wird trotzdem versucht, die wichtigsten Punkte dieser Angelegenheit einigermaßen zu klären. Die konkreten Aufgaben eines Veranstalters sind, je nachdem in

welcher steuerrechtlichen Situation ein Musiker, bzw. eine Musikgruppe sich befindet, unterschiedlich.

Bei Veranstaltungen wo einzelne Musiker bzw. Musikgruppen auftreten, müssen bis auf weiteres folgende Bestimmungen eingehalten werden:

3.4.1 Unbedenklichkeitserklärung (certificato di agibilità)

Der Veranstalter muss die sogenannte Unbedenklichkeitserklärung (certificato di agibilità) entweder direkt beim EX-Enpals oder bei den Musikern einholen. Dabei ist entscheidend ob der Veranstalter wie ein Arbeitgeber zu betrachten ist oder nicht – oder umgekehrt, ob die Musiker als Unternehmer auftreten bzw. sich einer Genossenschaft angeschlossen haben (z.B. DOC Servizi Soc.Coop.) oder sich anderweitig zusammengeschlossen haben.

Sollte der Veranstalter als Arbeitgeber betrachtet werden, so muss **dieser** die Unbedenklichkeitserklärung einholen, andernfalls obliegt diese Verpflichtung den Musikern bzw. den Gruppen, was für den Veranstalter natürlich wesentlich einfacher ist (dies ist glücklicherweise auch meistens der Fall).

Aus diesem Grunde ist es wichtig, dies bereits rechtzeitig vor Vertragsabschluss mit den Musikern bzw. der Musikgruppe abzuklären. Sollte die Verpflichtung zur Einholung der Unbedenklichkeitserklärung den Veranstalter treffen, so muss er nach der Veranstaltung auch die Einzahlung der ENPALS-Beiträge vornehmen. Dies bedeutet, dass der Veranstalter innerhalb des 16. des auf die Zahlung folgenden Monats nicht nur den auf der Rechnung oder Honorarnote ausgewiesenen Steuereinbehalt in Höhe von derzeit 20% mittels Mod. F24 unter dem Kodex 1040 in der Sektion „SEZIONE ERARIO“ einzahlen muss, sondern auch den gesamten Fürsorgebeitrag in Höhe von 33% (=23,81% zu seinen Lasten und 9,19% zu Lasten der Musiker) unter dem Kodex CCLS in der Sektion „SEZIONI ALTRI ENTI PREVIDENZIALI ED ASSICURATIVI“.

Da die Einholung der Unbedenklichkeitserklärung durch den Veranstalter nur mehr auf telematischem Wege mittels eigenem PIN-Code möglich ist, er sich darüber hinaus beim EX-ENPALS registrieren lassen muss und, wie berichtet, die Einzahlung der gesamten Beiträge vornehmen muss, kann es nur eine Empfehlung geben: **Es sollen nur Musiker bzw. Musikgruppen engagiert werden, die die ENPALS-Verpflichtungen selber erledigen!!!**

Ist der Veranstalter nicht als Arbeitgeber zu betrachten, so ist er von diesen Verpflichtungen entbunden. Dies ist der Fall,

- a) wenn es sich um einen Musiker oder eine Gruppe handelt, der/die einer Vereinigung oder Genossenschaft angehört (associazione; cooperativa, wie z.B. DOC Servizi Soc. Coop.);
- b) wenn es sich um einen Musiker oder eine Gruppe handelt, der/die wie ein Unternehmen auftritt/treten (mit Mwst.-Nr.);
- c) wenn es sich um einen Musiker oder eine Gruppe aus einem anderen EU-Staat handelt;

Zu a) Musiker oder eine Gruppe, der/die einer Vereinigung oder Genossenschaft (associazione; cooperativa wie z.B. der DOC Servizi Soc. Coop.) angehört

Der Veranstalter ist hier nicht als Arbeitgeber zu betrachten, sondern die Genossenschaft. Daher müssen die Musiker die Unbedenklichkeitserklärung selber einholen und dem Veranstalter rechtzeitig aushändigen. Die Einzahlung der ENPALS-Beiträge wird von der Vereinigung vorgenommen. Es bestehen keine weiteren Verpflichtungen für den Veranstalter.

Dokumentation für die Vergütung: Der Veranstalter erhält von der Vereinigung (Genossenschaft), welcher der Musiker oder die Gruppe angeschlossen ist eine „ganz

normale“ Mehrwertsteuerrechnung ohne Steuerrückbehalt von 20% (IRPEF) und ohne Einbehalt von 9,19% an ENPALS-Beiträgen. Dies bedeutet, dass der Veranstalter keinerlei Einzahlungen für die Musiker zu tätigen und in der Folge auch keine weiteren bürokratischen Hürden zu überwinden hat.

Achtung: die Zugehörigkeit zu einer Agentur, wie es bei den meisten Musikern und Gruppen der Fall ist, bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Musiker die Unbedenklichkeitserklärung selber einholen und die Beiträge selber einzahlen müssen – dies kann zwar sein, falls die Agentur auch solche Verpflichtungen für sie übernimmt, muss aber nicht sein. Man muss dies daher im Vorhinein bei Vertragsabschluss genauestens abklären.

Zu b) Musiker oder eine Gruppe, der/die wie ein Unternehmen auftritt/treten (mit Mwst.-Nr.)

Die Musiker oder Gruppen müssen die Unbedenklichkeitserklärung selber beantragen und dem Veranstalter aushändigen (*da der Veranstalter auch hier nicht als Arbeitgeber betrachtet werden kann*). Die Einzahlung der ENPALS-Beiträge wird ebenfalls von den beauftragten Musikern selbst vorgenommen. Der einzige Unterschied besteht in der Dokumentation für die Vergütung: Der Veranstalter erhält vom Musiker bzw. der Gruppe zwar auch eine Mehrwertsteuerrechnung, jedoch mit ausgewiesenem Steuer-einbehalt von derzeit 20%. Dies bedeutet, dass der Veranstalter innerhalb des 16. des auf die Zahlung folgenden Monats den auf der Rechnung ausgewiesenen Steuereinbehalt in Höhe von derzeit 20% mittels Mod. F24 unter dem Kodex 1040 der Sektion „SEZIONE ERARIO“ einzahlen muss. Es sei an dieser Stelle bemerkt, dass ein auf der Rechnung oder Honorarnote eventuell ausgewiesener Steuereinbehalt bzw. die Einzahlung desselben nichts mit der ENPALS-Regelung zu tun hat und folglich für die Feuerwehren auch nichts Neues sein dürfte.

N.B.: Sollte es sich bei der Musikgruppe etwa um eine Gesellschaft handeln wie z.B. einer Gen.m.b.H., K.G und dergleichen, so wird kein Steuereinbehalt fällig, da es sich hierbei aus der Sicht der Gruppe eindeutig um Unternehmereinkünfte (reddito d'impresa) handelt, bei denen kein Steuereinbehalt vorgesehen ist. Der Veranstalter erhält in diesem Fall eine „ganz normale“ Mwst.-Rechnung.

Zu c) Musiker oder Gruppen aus anderen EU-Staaten

Bei der Beauftragung von Musikern oder Gruppen aus dem EU-Ausland muss jede einzelne Person das sog. Mod. A1 (= ex Mod. E101) vorweisen. Das Mod. A1 ist die Bestätigung der zuständigen ausländischen Versicherungsanstalt, dass die Beitragssituation der betreffenden Person in Ordnung ist und gilt somit als Unbedenklichkeitsbescheinigung. In diesem Fall **ist keine Einzahlung** von ENPALS-Beiträgen zu leisten. Dieses Formular muss in jedem Fall während der Veranstaltung beim Veranstalter im Original aufliegen, ansonsten müssen die Beiträge vom Veranstalter mit Sicherheit einbezahlt werden!!! (**Achtung:** Faxe sind nicht angeblich nicht mehr gültig! Ebenso werden Eigenerklärungen anstelle des MOD. A1 bei Kontrollen nicht akzeptiert – Kopien werden akzeptiert, falls sie mit dem Originalstempel des ausländischen Pflichtversicherungsinstituts ausgestattet sind). *Ob bzw. wie das Mod. A1 bei der EX-ENPALS 5 Tage vor Beginn der Veranstaltung zu hinterlegen ist, konnte bislang noch nicht geklärt werden – die EX-ENPALS, die für Trentino-Südtirol zuständig ist, befindet sich in Venedig!!*

Um auf Nummer Sicher zu gehen, empfiehlt es sich, zusätzlich zum Mod. A1 von den Musikern oder Gruppen aus anderen EU-Staaten die Kopien der Personalausweise und Steuernummern einzuholen. Alle Dokumente sollten zusammen mit dem Vertrag am Veranstaltungsort aufliegen.

Dokumentation für die Vergütung: Der Veranstalter erhält vom Musiker bzw. der Gruppe eine einfache Honorarnote ohne Mehrwertsteuer. Achtung: **es muss ein Steuereinbehalt von derzeit 30% ausgewiesen sein.**

Dies bedeutet, dass der Veranstalter innerhalb des 16. des auf die Zahlung folgenden Monats den auf der Rechnung oder Honorarnote ausgewiesenen Steuereinbehalt in Höhe von derzeit 30% mittels Mod. F24 unter dem Kodex 1040 in der Sektion „SEZIONE ERARIO“ einzahlen muss. Dies, obwohl Italien mit sehr vielen Staaten (z.B. Österreich, Deutschland, Schweiz, Frankreich, Jugoslawien usw.) ein Doppelbesteuerungs-Abkommen (DBA) getroffen hat, wonach für selbständige Leistungen, die von Personen aus diesen Ländern in Italien erbracht werden, im Normalfall kein Steuereinbehalt zu tätigen ist. Der Einbehalt muss aber vorgenommen werden, da es sich bei Musikern um eine künstlerische Tätigkeit handelt, für welche laut sämtlichen DBA gemäß Art. 17 der Steuereinbehalt ausdrücklich vorgesehen ist.

3.4.2 Musiker oder Gruppen aus dem Ausland außerhalb der EU

Bei der Beauftragung von Musikern oder Gruppen, die aus dem Ausland außerhalb der EU kommen (z.B. aus der Schweiz), ist die gleiche Vorgangsweise anzuwenden wie bei EU-Ausländern, jedoch mit dem Unterschied, **dass die ENPALS-Beiträge auf alle Fälle in Italien bezahlt werden müssen.**

Achtung: Bei der Verpflichtung von solchen Gruppen ist außerdem zu beachten, dass eine Aufenthaltsgenehmigung vorliegt. Diese kann die Gruppe in ihrem Land beim italienischen Konsulat beantragen.

Dokumentation für die Vergütung: Der Veranstalter erhält vom Musiker bzw. der Gruppe eine Honorarnote ohne Mehrwertsteuer aber **mit ausgewiesenem Steuereinbehalt von derzeit 30% und Einbehalt auf den ENPALS-Beitrag in Höhe von 9,19%.** Dies bedeutet, dass der Veranstalter innerhalb des 16. des auf die Zahlung folgenden Monats den auf der Honorarnote ausgewiesenen Steuereinbehalt für Ausländer in Höhe von derzeit 30% mittels Mod. F24 unter dem Kodex 1040 in der Sektion „SEZIONE ERARIO“ sowie den gesamten Pflichtbeitrag in Höhe von 33% (=23,81% zu seinen Lasten und 9,19% zu Lasten der Musiker) unter dem Kodex 020 in der Sektion „SEZIONI ALTRI ENTI PREVIDENZIALI ED ASSICURATIVI“ einzahlen muss.

3.4.3 Hobbymusiker - ENPALS-Befreiung

Seit 01.01.2007 sind Hobbymusiker, Studenten, Pensionisten und alle, die bereits eine Pensionsversicherung (z.B. INPS) aufweisen können und aus Musiker- oder Künstlertätigkeit ein Jahresbruttoeinkommen **bis zu 5.000,00 Euro jährlich** erzielen, von der ENPALS befreit.

In diesem Fall brauchen weder der/die Musiker noch der Veranstalter die Unbedenklichkeitserklärung einholen. Der oder die Musiker müssen jedoch **unbedingt rechtzeitig vor der Veranstaltung** eine Eigenerklärung ausfüllen, in welcher er erklärt, dass sein Jahresbruttoeinkommen aus Musiker- bzw. Künstlertätigkeit unter 5.000,00 Euro jährlich liegt und dass er bereits in eine andere Pensionskasse eingetragen, Pensionist, Jugendlicher unter 18 Jahren oder Student ist.

Sollte eine Gruppe auftreten, wo alle Mitglieder sog. Hobbymusiker sind, so muss jeder Einzelne diese Eigenerklärung ausfüllen. Ebenso muss jeder Einzelne dem Veranstalter eine **Kostennote lt. Art. 61 Abs. 2 des Legislativdekrets Nr. 30/2003** stellen, in welcher der Bruttobetrag, der 20%ige Steuereinbehalt sowie der Nettobetrag ausgewiesen sind. Die Kostennote ist dem Veranstalter vor der Bezahlung auszuhändigen.

3.4.4 Tätigkeit als „Disc-Jockey“

Wichtig: Es kommt oftmals vor, dass bei Veranstaltungen Musik aus Tonträgern (CD) gespielt wird, wobei die Bedienung der Anlage ein sog. „Disc-Jockey“ übernimmt. Dabei gilt folgendes zu beachten:

- a) Handelt es sich um eine Person, die diese Tätigkeit gewohnheitsmäßig ausübt und eine Vergütung erhält, so muss wie bei den Musikern gemäß Punkt 3.1.) unter Umständen die Unbedenklichkeitserklärung vom Veranstalter eingeholt werden und die ENPALS-Beiträge müssen ebenso entrichtet werden.
- b) Handelt es sich um eine Person, die zwar eine Vergütung erhält, jedoch in die Regelung der Hobbymusiker, wie unter Punkt 3.3 beschrieben, hineinfällt, genügt die Aushändigung der Eigenerklärung gemäß Anlage 8 und die Kostennote gemäß Anlage 9 an den Veranstalter. Es sind keine ENPALS-Beiträge zu entrichten.
- c) Handelt es sich um eine Person, die keine Vergütung erhält (z.B. Vereinsmitglied, Bekannter usw.) so findet automatisch die Regelung für Hobbymusiker wie unter Punkt 3.3 beschrieben Anwendung und es genügt allein die Aushändigung einer Eigenerklärung an den Veranstalter. In diesem Fall ist in der Erklärung explizit anzuführen, dass für die Tätigkeit keinerlei Vergütung irgendeiner Form ausbezahlt wird (vgl. Anlage 10). Die Erstellung einer Kostennote entfällt somit natürlich, womit auch keine ENPALS-Beiträge bzw. Steuereinbehalte zu entrichten sind.

3.4.5 Einzahlung des Steuereinbehaltes und Pflichtbeitrages

Wie in den vorhergehenden Punkten beschrieben, ist der Veranstalter verpflichtet, den entsprechenden Steuereinbehalt (20% oder 30%) und – sofern zutreffend - den gesamten ENPALS-Beitrag in Höhe von 33% (= Einbehalt 9,19% + 23,81% zu Lasten des Veranstalters) **innerhalb des 16. des auf die Zahlung folgenden Monats** mittels Mod. F24 einzuzahlen. Falls der 16. auf einen Feiertag, Samstag oder Sonntag fällt, so gilt als Fälligkeit der nächste Werktag. **Lediglich bei Musikern bzw. Gruppen gemäß Punkt 3.1.1.) ist keinerlei Einzahlung zu leisten.**

3.4.6 Bescheinigung CU über Steuerrückbehalte

Innerhalb 7. März des auf die Veranstaltung folgenden Jahres muss der Auftraggeber die Bescheinigung CU erstellen und an die Agentur der Einnahmen auf telematischem Wege einreichen. Dem Musiker bzw. der Gruppe, für welche der Auftraggeber im Vorjahr Einzahlungen vorgenommen hat, ist die Bescheinigung CU über die getätigten Steuereinbehalte innerhalb 31. März zu übermitteln. (siehe Punkt 1.3.2).

3.4.7 Erstellung der Steuererklärung Mod. 770 im Folgejahr

Im jeweils darauffolgenden Jahr nach der Veranstaltung muss der Auftraggeber innerhalb der vom Gesetz vorgesehenen Frist (zurzeit 31. Oktober) die Steuererklärung Mod. 770 einreichen. In der Erklärung sind sämtliche Daten über alle im Vorjahr getätigten Steuereinbehalte bzw. deren Einzahlung anzuführen. Die Erklärung kann nicht auf Papier abgegeben, sondern muss auf telematischem Wege (am besten via Internet) eingereicht werden.

Hinweise:

Die gesamte Materie ist immer noch relativ undurchsichtig und erfordert daher nach wie vor Geduld und Einsicht. Um sich größere Unannehmlichkeiten zu ersparen, ist es unbedingt notwendig, sich mit der Musikgruppe bereits im Vorfeld zum Vertragsabschluss ausführlich über die Angelegenheit zu unterhalten und alles Notwendige genauestens abzuklären:

Wer muss die Unbedenklichkeitserklärung einholen? Falls die Musiker bzw. Gruppen dafür zuständig sind, sollte dies im Vertrag schriftlich festgehalten werden (auf gültige Unbedenklichkeitserklärung verweisen = mit entsprechendem Datum für die Veranstaltung).

Da es gerade bei Ausländern oft vorkommt, dass nicht jeder eine Steuernummer besitzt (weil dort nicht immer notwendig), sollte ausdrücklich darauf hingewiesen werden, damit ein eventuell Betroffener rechtzeitig in seinem Land eine Steuernummer beantragen kann.

Zudem muss unbedingt auf das Mod. A1 (=Ex Mod. E101) aufmerksam gemacht werden bzw. auf die Aufenthaltsgenehmigung (außerhalb EU);

Die Dokumentation bezüglich der Vergütung sollte genau definiert werden, so dass alle Komponenten wie Steuereinbehalt, eventuelle Mehrwertsteuer sowie Einbehalt auf die Enpals-Beiträge dann auch wirklich aufscheinen. Dies ist sehr wichtig, da es immer noch Musiker oder Gruppen gibt, die behaupten, dass weder der Steuereinbehalt von 20% (bzw. 30% bei Ausländern) zu tätigen sei noch der Einbehalt auf die Enpals-Beiträge in Höhe von 9,19%. Falls Gruppen darauf bestehen, dass weder das eine noch das andere einbehalten wird, kann und darf es nur eine Konsequenz geben: **die Gruppe sollte nicht engagiert werden!** - abgesehen natürlich von jenen Gruppen, die einer Vereinigung wie der DOC Servizi Soc. Coop. angehören, **wo keinerlei Einbehalte vorgesehen sind.**

Es macht keinen Sinn, wenn man durch die Abhaltung von Veranstaltungen, was ohnehin mit viel Mühen und Aufwand verbunden ist, für gewisse Unachtsamkeiten bzw. Unterlassungen auch noch bestraft wird.

Sollte bei einer Kontrolle nämlich festgestellt werden, dass der Veranstalter nicht alle vorgeschriebenen Formalitäten erledigt hat und nicht im Besitze aller notwendigen Dokumente ist, so drohen ihm empfindliche Strafen.

Die vorliegenden Ausführungen bezüglich E.N.P.A.L.S wurden in Zusammenarbeit mit der Autorenvereinigung S.I.A.E. – Hauptsitz Bozen - erarbeitet. Bei der praktischen Anwendung hat sich bisher gezeigt, dass schlussendlich nicht immer alles so gehandhabt wird, wie es hier beschrieben ist. Auch konnte eine Abweichung in den gesetzlichen Auslegungen zwischen den einzelnen S.I.A.E.-Stellen in unserem Land festgestellt werden.

3.5 Kontrolldienste bei Veranstaltungen (aus RS 2/2010)

Bei Veranstaltungen kann vom Veranstalter ein sog. „Kontrolldienst“ (Sicherheitsdienst) vorgesehen werden, wobei mit einem Ministerialdekret (Dekret des Innenministeriums vom 6. Oktober 2009 in geltender Fassung) festgelegt wurde, dass das entsprechende Sicherheitspersonal einen 90-stündigen Ausbildungskurs besuchen und in ein Verzeichnis der Quästur eingetragen sein muss. Auf Anfrage des Landesfeuerwehrverbandes hat die Abteilung 7 der Landesverwaltung „Örtliche Körperschaften“ nach Rücksprache mit der Polizeidirektion mitgeteilt, dass durch die neuen Bestimmungen die Tätigkeiten der Feuerwehren bei Veranstaltungen nicht beeinflusst werden, sofern sich die Feuerwehrleute wie bisher neben dem Brandschutzdienst auf die rein organisatorische Unterstützung der Veranstalter wie z. B. Parkplatzzuweisung beschränken. Die eigentlichen Aufgaben des Sicherheitspersonals wie z. B. Personenkontrollen können Feuerwehrleute ohne Besuch des Kurses und die Eintragung in das spezifische Berufsverzeichnis natürlich nicht ausüben. Der Landesfeuerwehrausschuss ist der Meinung, dass die Feuerwehren grundsätzlich keine Kontrolldienst leisten sollen, weil diese Tätigkeit nicht zu den institutionellen Aufgaben der Feuerwehren gehört.

Bemerkung: Der Kontrolldienst ist in der Regel nicht vorgeschrieben, kann aber von der Behörde bzw. dem Bürgermeister als Auflage für die Genehmigung einer Veranstaltung verlangt werden. Falls eine Feuerwehr für die eigene Veranstaltung einen Kontrolldienst einrichten möchte, soll sie damit eine ermächtigte Firma beauftragen.

Vollständigkeitshalber sei erwähnt, dass Feuerwehrmitglieder, die den Brandschutzdienst oder Parkplatzdienst versehen, entsprechend uniformiert sein müssen und während des

Dienstes keinen Alkohol zu sich nehmen dürfen. Wie bei allen anderen Tätigkeiten und Aktivitäten, muss auch hierbei das Ansehen der Feuerwehr stets hochgehalten werden.

3.6 Initiative für eine neue Festkultur in Südtirol

Durch Alkoholmissbrauch kommt es leider immer wieder zu schweren Verkehrsunfällen. Zusammen mit vielen anderen Verbänden setzt sich der Landesfeuerwehrverband für einen verantwortungsbewussten Umgang mit alkoholischen Getränken ein und hat daher im Jahr 2002 die Erklärung für eine neue Festkultur in Südtirol unterzeichnet (vgl. Anlage 11). Die Feuerwehren werden gebeten, diese Grundsätze mitzutragen und insbesondere bei den Feuerwehrveranstaltungen zu beachten. Im Zuge dieser Kampagne wurde im Jahr 2009 ein Broschüre verfasst, die den Veranstaltern von Festen und Feiern als zusätzliche Stütze dienen soll. Dieses Handbuch mit dem Titel „Feste feiern“ kann unter folgendem Link heruntergeladen werden: www.trinkenmitmass.it/de_DE/tag/festkultur/

3.7 Ausschank von alkoholischen Getränken

Es ist strengstens verboten, alkoholische Getränke an Minderjährige auszugeben. Die im November 2012 neu eingeführte Regelung, wonach alkoholische Getränke nur mehr an volljährige Personen ausgegeben werden dürfen, betrifft sowohl den Verkauf in Geschäften, ähnlichen Lokalen und an Getränkeautomaten als auch den Ausschank in öffentlichen Lokalen und Einrichtungen – also auch bei Festen und Veranstaltungen von Vereinen. **Wichtig:** Es ist in jedem Fall darauf zu achten, dass alkoholische Getränke nicht von Minderjährigen aufgeschänkt werden.

Laut Auskunft der Rechtsabteilung des HGV vom 21. August 2013 dürfen Jugendliche unter 18 Jahren in öffentlichen Lokalen (Gastbetrieben) sowie bei öffentlichen Festveranstaltungen zwar keinen Alkohol ausschenken (z.B. Bierzapfen), es ist ihnen jedoch erlaubt, alkoholische Getränke zu servieren (=austragen, bedienen).

Bezugsquelle: Art. 188 Regio Decreto n. 635 vom 06.05.1940!!!

4. Führung von Liegenschaften – Arbeitsleistungen in Eigenregie

Es kommt gelegentlich vor, dass eine Freiwillige Feuerwehr von der Gemeinde darum ersucht wird, eine Anlage wie. z.B. einen Festplatz, in Eigenregie zu führen und zu verwalten. Um dies zu ermöglichen, wird von der betreffenden Gemeinde der Abschluss eines Leihvertrages oder einer Vereinbarung in Erwägung gezogen.

Auch beim Umbau von Gerätehäusern wird hin und wieder mit dem Gedanken gespielt, dies der Feuerwehr zu übertragen, in der Überzeugung, dass damit einerseits Kosten gespart werden können und andererseits das betreffende Vorhaben schneller realisiert werden kann.

Es wird jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass weder die Führung von Liegenschaften, noch die Durchführung von Bauarbeiten und dergleichen in Eigenregie eine Feuerwehrtätigkeit im Sinne des L.G. Nr. 15 vom 18.12.2002 und Art. 2 des geltenden Statutes darstellen und somit für diese Tätigkeiten **keinerlei Versicherungsschutz** von Seiten des Feuerwehrdienstes besteht.

Diese Tätigkeiten können auch **nicht** als gewerbliche Nebentätigkeiten im Sinne des Ministerialdekretes vom 25. Mai 1995 eingestuft werden, was aus steuerrechtlicher Sicht nur Probleme bereitet.

Außerdem sind die geltenden Rechtsvorschriften im Bereich Sicherheit, Arbeitsrecht und Arbeitssicherheit und vor allem die **strafrechtliche Verantwortung** für den Betreiber bzw. den Bauherr zu beachten.

Aus den angeführten Gründen wird daher **abgeraten**, die Führung von Liegenschaften zu übernehmen oder Bau- bzw. Umbauarbeiten jeglicher Art in Eigenregie durchzuführen.

5. Anlagen

- Anlage 1: Muster Begleitbrief für die Übermittlung der Unterlagen an das Amt für Außenbeziehungen und Ehrenamt
- Anlage 2: Muster für Aufstellung der Spendeneinnahmen
- Anlage 3: Muster für die Veröffentlichung der öffentlichen Beiträge
- Anlage 4: Muster für eine Lastschrift (Lieferung; Leistung)
- Anlage 5: Muster für Vorsteuereinzahlung
- Anlage 6: Muster für Empfangsbestätigung bei Spendenerhalt
- Anlage 7: Muster einer Vollmacht für Autorenvereinigung S.I.A.E.
- Anlage 8: Muster einer Eigenerklärung für Hobbymusiker bzw. Disc-Jockey's
- Anlage 9: Muster einer Kostennote lt. Art. 61 Abs. 2 des LGD. Nr. 30/2003
- Anlage 10: Muster einer Eigenerklärung für Disc-Jockey's ohne Vergütung
- Anlage 11: Erklärung für eine neue Festkultur